

**Pressekonferenz:** Die Verhandlungen zum geplanten UN-Abkommen gegen Computerkriminalität (UN Cybercrime Convention) entwickeln sich in eine bedrohliche Richtung, Menschenrechte und die freie Meinungsäußerung sind in Gefahr, warnen epicenter.works und befreundete internationale Organisationen

Die Vorschläge für breite Überwachungsbefugnisse und Kriminalisierung der Redefreiheit stellen eine Gefahr für Journalist:innen, Menschenrechtsvertreter:innen und Dissident:innen dar.

Wien – Am Donnerstag, dem 13. April, um 19:00 Uhr, halten Expert:innen von epicenter.works und vier internationalen NGOs eine hybride Pressekonferenz über die ernste Bedrohung der Menschenrechte durch die laufenden Verhandlungen zur Cybercrime Convention der Vereinten Nationen ab. Es drohen weitreichende Überwachungsbefugnisse und die Kriminalisierung von Online-Meinungsäußerungen. Ebenfalls diskutiert wird Hacking durch Polizeibehörden. Eine Teilnahme ist virtuell oder vor Ort im Presseclub Concordia möglich. (Details unten)

Vortragende von der Electronic Frontier Foundation (EFF), Access Now, ARTICLE 19, epicenter.works und Global Partners Digital, alles Teilnehmer an den UN-Verhandlungen, werden die besorgniserregendsten Stellen des Entwurfs besprechen, mögliche Auswirkungen auf Nutzer:innen und Technologieunternehmen erklären und die Reporter:innen über die aktuellen Forderungen der Zivilgesellschaft nach Überarbeitungen und Verbesserungen des Textes informieren, der in den kommenden Monaten finalisiert werden und Anfang nächsten Jahres vor die UN-Generalversammlung kommen könnte. Ebenfalls zur Veranstaltung lädt das International Press Institute (IPI).

Die einstündige Pressekonferenz wird aus Wien livegestreamt (Fragen sind möglich), wo Vertreter von mehr als 100 Mitgliedsstaaten zusammenkommen, um in der fünften Verhandlungsrunde die UN Konvention ausarbeiten. Im Entwurf fehlen starke Bekenntnisse zu Menschenrechten und detaillierte Auflagen und Schutzmechanismen, die notwendig sind, um die Rechte der von weltweit grenzüberschreitenden Cybercrime-Ermittlungen betroffenen Menschen und Organisationen zu wahren.

Ohne derartige Schutzbestimmungen räumt der Entwurf den Staatsanwaltschaften weitreichende Freiräume ein, wie beispielsweise Zugriff auf persönliche Daten ohne unabhängige oder richterliche Aufsicht und den Einsatz elektronischer Überwachung, die das Recht auf Privatsphäre und freie Meinungsäußerung dermaßen beeinträchtigt, dass damit internationales Recht zum Schutz der Menschenrechte gebrochen wird.

Der Umfang des Abkommens muss enger gefasst werden und konkrete Schutzmaßnahmen enthalten. In seiner derzeitigen Form schafft es über dreißig neue Tatbestände im Bereich Computerkriminalität,

einschließlich ein halbes Dutzend, die die Versendung oder das Posten von bestimmten Aussagen und Inhalten kriminalisieren würden. Das geht viel weiter als das, was die Staaten aufgrund internationaler Abkommen bisher schon verbieten müssen. Weitgefasste Bestimmungen bilden eine äußerst niedrige Schwelle und kriminalisieren jeden Aufruf zu „rechtswidrigen Handlungen“ aufgrund „politischer“ oder „ideologischer“ Differenzen. Diese fehlende enge Beschränkung auf Aufrufe zu schwerwiegender Gewalt entspricht nicht den internationalen Standards.

Viele Staaten halten bereits jetzt Privatsphäre- und Datenschutzbestimmungen nicht ein und nutzen Gesetze zur Überwachung und gegen Computerkriminalität, um Journalist:innen, Hinweisgeber:innen und andere Personen aufgrund ihrer politischen Ansichten zu verfolgen. Es besteht die reale Gefahr, dass bei dem Bemühen, alle Staaten dazu zu bringen, die UN-Konvention gegen Computerkriminalität zu unterzeichnen, schlechte Menschenrechtspraktiken Eingang finden und es auf Jahre hinaus zu einer Abwärtsspirale beim Schutz der Grundrechte der Menschen rund um den Globus kommt.

WAS:

Pressekonferenz über die Verhandlungen zum geplanten UN-Abkommen gegen Computerkriminalität (UN Cybercrime Treaty)

WANN:

Donnerstag, 13. April 2023, 19:00 Uhr MESZ (10:00 Uhr PST, 13:00 Uhr EST)

WO: (Hybrid-Event)

Presseclub Concordia, [Bankgasse 7, 1010 Wien, Österreich](#)

Link zur Pressekonferenz:

<https://us02web.zoom.us/j/83201172658?pwd=SFhIQxmbXlxS1pnTE0vUDgxWTZMZz09>

Meeting ID: 832 0117 2658

Passcode: 13042023

VORTRAGENDE:

- Katitza Rodriguez, Policy Director for Global Privacy, EFF
- Raman Jit Singh Chima, Asia Policy Director and Senior International Counsel, AccessNow
- Paulina Gutiérrez, Senior Legal Officer, ARTICLE 19
- Tanja Fachathaler, Policy Advisor, Epicenter.works
- Ellie McDonald, Global Engagement and Advocacy Lead, Global Partners Digital

MODERATION:

- Thomas Lohninger, Geschäftsführer, Epicenter.works

Eingaben von epicenter.works an den UN-Ad-hoc-Ausschuss:

- <https://en.epicenter.works/content/what-is-the-new-un-cybercrime-treaty>
- <https://en.epicenter.works/document/4495>